Frauenrechtlerinnen für Kopftuchverbot bei Schülerinnen

11. Juni 2019



München (KNA) Mehrere Frauenrechtlerinnen haben sich bei einer Veranstaltung der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag für ein Kopftuchverbot an Schulen ausgesprochen. „Das Kopftuch schränkt das Recht der Kinder auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit ein“, sagte die Anwältin für Familienrecht, Nazan Simsek, am Donnerstagabend in München. „Die meisten wollen das Ding ablegen.“ Das Kopftuch sei in erster Linie kulturell motiviert, nicht religiös. Es sei ein Symbol der Abgrenzung. Muslimische Mädchen würden dadurch daran gehindert, sich zu beteiligen.

Die Journalistin Düzen Tekkal sagte, sie kenne kaum Kinder, die sich mit Kopftuch wohlfühlten. Die Soziologin Necla Kelek sagte, der „politische Islam“ müsse generell aus den Schulen herausgehalten werden. Diese sollten keine Rücksicht auf im Ramadan fastende Kinder nehmen und etwa deshalb Prüfungen verschieben. Auch dürften sie nicht erlauben, dass muslimische Schüler vom Schwimmunterricht abgemeldet werden oder nicht an Klassenfahrten teilnähmen. In diesen Fragen gäben Schulen zu oft nach. Statt auf Gesetze zu warten, sollten sie mit Eltern Verträge schließen, um diese Konfliktpunkte von vornherein auszuschließen.

Ablehnend äußerten sich die drei Rednerinnen auch zu einem bekenntnisgebundenen islamischen

Religionsunterricht. Dieser würde den Zulauf zu Koranschulen nicht verringern, meinte Simsek. Der Hamburger TV-Journalist Joachim Wagner sagte, die Wirkung eines solchen Unterrichts auf die Integration sei „empirisch völlig unklar“. Die Islamverbände daran zu beteiligen, bezeichnete Wagner als problematisch. Die Bundesregierung habe es bisher versäumt, genaue Auskünfte über Finanzierung, Organisationsstrukturen und Abhängigkeiten ihrer Akteure einzufordern.

Die Expertinnen äußerten sich bei einer Veranstaltung unter dem Titel „Glaubensfreiheit hat Grenzen. Warum der politische Islam nicht zu Deutschland gehört“.

(KNA - tkqkr-89-00022)
Foto: Pixabay

Stand: 22. November 2026